

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gebr. Henrich, Dresden
und Cöhl. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Frachtgeld mit den wöchentlichen Beilagen
„Das Volk“ und „Brot und Butter“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10,
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 80 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für ausserordentliche An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 Pf.

Nr. 180

Dresden, Mittwoch den 5. August 1925

36. Jahrg.

Die Jagd nach der Beute

Ueberstürzung!

Die Hast herrscht im Reichstage. Sie soll bis zur Ueberstürzung gesteigert werden. Der Aeltestenrat des Reichstages setzte am Dienstag das Programm für die nächsten Tage wie folgt fest: Am Mittwoch soll versucht werden, die zweite Lesung der Steuerentwürfe zu beenden. Am Donnerstag Vormittag soll den Fraktionen zur hastigen Berberatung über die Zollvorlage freigelassen werden. Am Donnerstag nachmittag soll die Interpellation der Deutschnationalen über Schneidemühl besprochen werden, falls die Regierung an diesem Tage zur Beantwortung bereit ist. Für Freitag ist schon die dritte Lesung der Steuerentwürfe vorgesehen. Man hofft, daß sie endgültig erledigt werde, so daß am Sonnabend gleich die zweite Lesung der Zollvorlage beendet werden soll. Vollkommen ungewiß ist jedoch, wann die dritte Lesung erfolgen kann. Eine Sonntagsitzung ist vorläufig noch nicht in Aussicht genommen.

Den Gewaltstreik gefordert!

D. Berlin, 5. August. (Eigener Fundspruch.) Auch in diesen heutigen Morgenausgaben kann die Reichspresse ihren Beitrag über die andauernde sachliche Kritik der Sozialdemokratie an der Gesetzesmacherlei der deutschnationalen Reichsregierung und ihrer Parteien nicht verbergen. Es geht den Herrschaften im Reichstag zu langsam voran. Die Kreuzzeitung ruft in breiter Ueberschrift aus: „Wo bleibt die Energie der Mehrheit?“ und verlangt den Gewaltstreik der Regierungsparteien, den diese noch immer nicht vorzunehmen wagen.

Ein schmutziger Schacher

Es ist unter der Regierung Luther üblich geworden, daß beinahe alle wichtigen politischen Entscheidungen außerhalb des Parlaments hinter den Kulissen abgemacht werden. Das liegt ein neuer bemerkenswerter Fall dieser Geheimpolitik vor. Wie man erfährt, hat die Wirtschaftspartei nur unter der Bedingung für die Erhöhung der Biersteuer gestimmt, daß die Reichsregierung unter keinen Umständen eine Gesetzesvorlage zugunsten der Gemeindefestimmungsrechte macht. Dieses Gemeindefestimmungsrecht, das den Einwohnern jeder Gemeinde das Recht zugestehen will, selbst zu entscheiden, in welchem Maße Schankkonzessionen erteilt und Alkoholtränke herabgesetzt und gehandelt werden dürfen, wird von dem Alkoholkapital sehr gefährdet. Ein Teil der bürgerlichen Parteien stand unter dem Eindruck, daß infolge der lebhaften alkoholgegnerischen Agitation das Gemeindefestimmungsrecht im Reichstag zum Gesetz erhoben werden würde. Nun vertritt man, das dadurch zu verhindern, daß die Reichsregierung das erwähnte politische Geschäft mit der Wirtschaftspartei abgeschlossen hat.

Nur uns ist diese Frage vor allem aus einem Gesichtspunkt heraus von Wichtigkeit. Die Reichsregierung und die hinter ihr stehenden Parteien ergehen sich immer wieder in allerschweren Predigten über die Notwendigkeit der Wirtschaftspartei und der Milderung der alkoholischen Sparfamkeit. Wenn es aber um die Erledigung der von dieser Reichsregierung vorgelegenen Steuerentwürfe geht, schließt sie jedes Geschäft ab, auch wenn es einen noch so unfaulenden und zweifelhaften Eindruck macht. Und nun muß man fragen, was die Kräfte der beiden Konfessionen, was die gesamte bürgerliche Jugendbewegung und nicht zuletzt die Sozialdemokraten, die in den letzten Wochen des Reichstags mit Einverständnis zugunsten der Gemeindefestimmungsrechte bombardiert haben, zu diesem Kompromiß sagen werden. Es läuft darauf hinaus, daß zugunsten der Fällung der Steuerentwürfe und zur Sicherung des Profits des Alkoholkapitals auch fernab von der Verbesserung der Gemeinden das Recht vorzuziehen werden soll, über den Alkoholismus zu entscheiden. Zu verschachtelt man Volksinteressen!

Der Kampf zwischen Reich und Ländern

D. Berlin, 5. August. (Eig. Fundspruch.) Der Reichstag soll heute nach den Beschlüssen des Aeltestenrates die dritte Lesung der Steuerentwürfe beenden. Vorerst aber wird er sich noch mit dem Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden zu beschäftigen haben. Auch dieses Gesetz ist eine ganze Arbeit, sondern immer nur Stückwerk vor den Reichstag gebracht hat, in seinem Inhalt noch nicht endgültig fertig. Heute noch bestehen die seit Monaten vorherrschenden Gegensätze zwischen Reichsregierung und Ländern fort. Sie beruhen vor allem auf der Ueberversteuerung Widerstand leisten, die die Reichsregierung unter dem Druck der Kapitalisten vornehmen will. Zunächst plante die Regierung, von der Einkommen- und Körperschaftsteuer 75 Proz. und der Umsatzsteuer 20 Proz. von den Ländern zu übernehmen. Die Landesregierungen aber wollten von der ersten Steuer 90 Proz. und von der Umsatzsteuer 30 Proz., während der Steueransatz beschloß, den von der Einkommensteuer 75 Proz. und von der Umsatzsteuer 35 Proz. zur Verfügung zu stellen. Auch dieser Beschluß befriedigt die Länder nicht. Ins-

besondere herrscht in Bayern große Enttäuschung über die Absicht des Reiches, den Landesregierungen eine selbständige Steuerquelle zu nehmen. In den anderen Landesanteilen ist man mit der Höhe der geplanten Ueberweisungen unzufrieden, weil man eine Anspannung der Hauszinstener und Gewerbesteuer vermeiden will. Die Regierungsparteien des Reichstages haben inzwischen versucht, den Landesregierungen ein weiteres Entgegenkommen zu zeigen. In dem Kompromißentwurf wird den Ländern aus der Ueberweisungsteuer ein Betrag von insgesamt 2100 Millionen Steuerausgleiches zu erwarten wäre, garantiert. Aber auch dieser Vorschlag wird von den Landesregierungen als ungenügend bezeichnet, ohne daß bisher eine Einigung über die endgültige Gestaltung des Finanzausgleichs möglich gewesen wäre. Infolgedessen ist anzunehmen, daß in den heutigen Debatten des Plenums die Ländervertreter eingreifen.

Die Sozialdemokratie wird bei diesen Auseinandersetzungen weder den Standpunkt der Reichsregierung noch den der Länder teilen können. Die partikularistische Neigung der Länder lehnt sie mit aller Entschiedenheit ab. Ebenso entschieden aber bekämpft sie die Absicht, Länder und Gemeinden in ihrer finanziellen Bewegungsfreiheit so zu beschränken, daß sie entweder die Mehrwertsteuer stark anspannen oder kulturelle und soziale Ausgaben abbauen müssen.

Ein Experiment zur Brotpreishöhung

Aus Berlin wird uns berichtet: Die Reichsregierung trägt sich mit der Absicht, die Ausführverbote für Getreide und Mehl im Laufe der nächsten Woche aufzuheben. Sie will diesen Schritt unabhängig von der Annahme der Zollvorlage machen, d. h. die Aufhebung wird auch in Kraft treten, wenn sich der Reichstag verlagen sollte, ohne die Zollvorlage erledigt zu haben.

Dieser Plan der Regierung muß überraschen. Allerdings rechnet man damit, daß mit der Annahme der Zollvorlage die Ausführverbote fallen. Für Getreide und Mehl wäre aber nach der Auffassung der Fachleute immerhin eine Ausnahme zu machen, da die deutsche Getreidebilanz den freien Export vorläufig noch nicht verträgt. Die Regierung aber hat es gerade mit der Aufhebung des Exportverbotes für Getreide und Mehl fürchtbar eilig. Als sie im vorigen Jahre unter dem Druck der Agrarier einen ähnlichen Schritt machte, stiegen befanntlich die Getreidepreise um 50 bis 70 Prozent über den Friedensstand. Es scheint, daß man jetzt ähnliche Experimente plant.

Kursstürze

Sollen die Waren billiger werden?

An der Berliner Börse traten am Dienstag ganz erhebliche Kursstürze ein, die für verschiedene Märkte ungefähr 6 bis 8 Proz. betragen. Die Kursstürzung kann unmöglich wie bisher aus dem Treiben der Waisenspekulation erklärt werden. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die deutschen Großbanken, nachdem sie lange damit gedroht haben, zu Exekutionen schreiten. Dieses Vorgehen, das gewissermaßen einer Kreditrestriktion gleichkommt, könnte für unter Wirtschaftslieferung von großer Bedeutung werden, da unlegbar die Produktion und auch der Handel auf großen Warenvorräten feststehen und lieber stilllegen, als die Waren zu einem annehmbaren Preis loszuschlagen. Außerdem wird in informierten Kreisen besapnet, daß das Ausland mit starken Verkäufen am Markte ist.

Die Verhandlungen Briand-Chamberlain verschoben

P. Paris, 5. August. (Eigener Fundspruch.) Nach Meldungen aus englischer Quelle soll Briand, entgegen dem Dienstag vom französischen Auswärtigen Amt verbreiteten Dementi, tatsächlich die Absicht gehabt haben, schon am Mittwoch zu einer persönlichen Aussprache mit Chamberlain nach London zu kommen, diese Reise aber auf ausdrücklichen Wunsch des englischen Außenministers verschoben haben. Briand habe am Montag telefonisch anfragen lassen, ob Chamberlain in dieser Woche zwei Tage zu einer Aussprache über die Sicherheitsfrage Zeit hätte. Der englische Außenminister habe jedoch teils aus persönlichen, teils aus sachlichen Gründen Briand um Aufschub seiner Reise gebeten, unter Hinweis auf die am Donnerstag im Unterhaus stattfindende Debatte.

Die Einigung in Aussicht

P. Paris, 4. August. (Eig. Draht.) Von den Pariser zuständigen Stellen wird weiter erklärt, daß der auf diplomatischem Wege geführte Gebotenaustausch über die jüngste deutsche Note betreffende Fortschritte made und eine endgültige Einigung über die französische Antwort an Deutschland in etwa acht bis zehn Tagen erwartet läßt. Wie wir darüber hinaus erfahren, wird zwischen den alliierten Kabinetten gleichzeitig bereits über die endgültige Form des abzufühlenden Garantievertrages verhandelt. Die englische Regierung hat schon vor einiger Zeit in Paris und Brüssel einen Vertragsentwurf unterbreitet, der vom französischen Auswärtigen Amt mit einem Gegenentwurf beantwortet worden ist. Beide Entwürfe zusammen bilden die Grundlage der jetzigen Besprechungen.

Zwei Fronten

Schwere Kämpfe erschüttern die deutsche Wirtschaft. Aus dem Auslande werden gewaltige Lohnkämpfe gemeldet. In allen Ländern rüstet das Unternehmertum gegen die Arbeiterschaft. Nicht nur der Lohn wird herabgesetzt, die Arbeitszeit verlängert, sondern es werden auch Gesetzesvorlagen in den Parlamenten eingebracht, deren Verwirklichung die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung maßlos verteuern, es wird Sturm geläutet gegen die Organisationen der Arbeiterschaft. Die Unternehmer kämpfen nicht mehr allein gegen die Lohnforderungen der Arbeiter, sondern sie nehmen den Kampf gegen die Gewerkschaften als Organisationen auf. Die deutsche Wirtschaft ist in Gefahr, sie befindet sich in bitterster Not, nur eine zehnstündige Arbeitszeit und eine Lohnreduzierung kann noch die deutsche Wirtschaft retten. So rauscht es im Blätterwald der Unternehmer. Alle Unternehmer in Deutschland fühlen sich solidarisch in ihrem Kampfe gegen die um ihre Existenz kämpfende Arbeiterschaft, sie lehnen jede Angleichung an die verteuerte Lebenshaltung rücksichtslos ab, sie beantworten die Forderungen der Arbeiter mit Aussperrungen, sie belassen es nicht nur bei Aussperrungen, sondern sie bringen sogar die Vergewaltigung unter Wasser sie legen die Betriebe still und werfen tagtäglich Hunderte, Tausende von Arbeitern auf die Straße. Die Not der deutschen Wirtschaft soll auf Kosten einer hungernden Arbeiterschaft behoben werden, die letzte Arbeitsstunde dreht man aus den Arbeitern heraus, den letzten Krümel Brot verteuert man ihnen und verkürzt den Hungerlohn auf ein Mindestmaß, auf das der Arbeiter an den Maschinen zusammenbrechen, auf daß er vom Fabriksoal auf den Friedhof gebracht werden kann. Deutsche Unternehmer retten so die deutsche Wirtschaft, indem sie die Produzenten und Konsumenten verhungern lassen.

Seit Wochen wütet schon der Kampf im Baugewerbe. Die Unternehmer drohen mit Gesamtaussperrung, 350 000 Bauarbeiter könnten dadurch das bittere Brot des Hungers essen, sie mühten sich auf weitere Wochen des Kampfes einstellen, sie mühten den letzten Blutstropfen ab, um den Anschlag der Unternehmer gegen ihre Gewerkschaften abzuwehren. Der brutale Kampf der Unternehmer gegen die Arbeiterschaft zeigt sich gerade in diesen Bauarbeiterkämpfen; es ist nicht nur die Abwehr scheinbar unredlicher Lohnforderungen, sondern es ist ein Angriff auf die Geschlossenheit der Baugewerkschaft. Keine Verhandlungen konnten bis jetzt zu einem Ergebnis gelangen, die Bauherren wollen den Kampf bis zum Weißbluten der Gewerkschaften führen, sie wollen die Bauarbeiterschaft am Boden liegen sehen, um dann zu diktieren. Sie rechnen auf die erschöpften Kräfte, sie rechnen mit dem zusammenbrechenden Kampfeswillen der Bauarbeiter. Sie werden sich aber verrechnen, denn gewaltig flammt der Kampfeswille auf, und kein Bauarbeiter, kein Zimmerer nehmen die Kelle und den Sommer in die Hand, bevor der Kampf zugunsten der Arbeiterschaft ausgekämpft ist. Auch hier wird für die Erhaltung des Arbeitens und der Lebenshaltung entrichtet, für eine Löhnung, die der Vertauung der Lebenshaltung entspricht, für ausreichende Ferien. Es sind alles selbstverständliche Forderungen, um die schon wochenlang gekämpft werden muß. Wie wichtig die baldige Beendigung dieses Kampfes ist, wird jeder bei Betrachtung unseres großen Wohnungsleides einsehen. Aber die Unternehmer lassen lieber die Wohnungserrichtung ausfallen, als daß sie menschenwürdige Forderungen der Arbeiter bewilligen. Die Arbeiterschaft soll opfern, sie soll auf ihre Forderungen verzichten, dann kann wieder weitergebaut werden, die Unternehmer haben nur über die Not der deutschen Wirtschaft zu klagen, über die unverschämten Arbeiterforderungen zu schimpfen, und die Öffentlichkeit stimmt ihnen schon in der Beurteilung der wahren Ursachen des Bauarbeiterkampfes zu. So glauben wenigstens die Unternehmer.

In verschiedenen Gegenden Deutschlands werden die Vergarbeiter aus ihren Gruben herorgeholt, ausgesperrt, oder mit Reduzierung ihres Lohnes und Herabsetzung ihrer Arbeitszeit bedroht. Der sächsische Bergbau hatte schwere Kämpfe zu ertragen, im Ruhrbergbau stehen etwa 50 000 Vergarbeiter brotlos auf der Straße. Die Kohlenbarone legen ihre Betriebe still, ohne Rücksicht auf die notleidende Bevölkerung, ohne Rücksicht auf die notleidenden Gemeinden. Eine letzte Meldung besagt, daß einzelne Gemeinden ihren Gehaltsverpflichtungen gegenüber ihren Beamten nicht mehr nachkommen konnten. Alles Folgen der rigorosen Jechenstilllegungen. Man will die Arbeitszeitverlängerung erzwingen, man will Profite auf Kosten der ausgehungerten Arbeiterschaft noch erhöhen, man will die scheinbare Not der Industrie nur mit erhöhter Arbeitsintensität statt mit technischen Verbesserungen beseitigen. Bis jetzt haben die Regierungen oder deren Vertreter noch keine Maßnahmen getroffen, um die Rechte der Arbeiterschaft zu schützen, im Gegenteil, alle Schlichter fällen Schiedsprüche, die eine Arbeiterorganisation niemals annehmen kann. Im Saarbergbau haben die Vergleute den einstimmig beschlossenen Streik wieder beendet, trotzdem die Forderungen nicht restlos erfüllt worden sind, aber nur die Verantwortlichkeit gegenüber der Gesamtwirtschaft hat die Arbeiterschaft zur Annahme des Schiedspruches veranlaßt. Wo gibt es ein Unternehmertum, das einmal seine eigenen Interessen zurückstellen könnte, um die Interessen der Gesamtwirtschaft zu vertreten? Die

jetigen großen Wirtschaftskämpfe zeigen uns am deutlichsten die Profitgier des deutschen und auch des ausländischen Unternehmertums.

In der Metallindustrie wird zur Zeit ein großer Kampf in Westfalen geführt. Die Metallarbeiterstreiks in Sachsen und Thüringen wurden von der Metallarbeiterchaft mit geringen Erfolgen beendet. Im rheinländischen Industriegebiet stehen in einzelnen Sparten die Metallarbeiter in Lohnkämpfen. Der große Kampf in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie ist heute noch im vollen Gange. Schon seit Wochen wird gekämpft, etwa 35 000 Arbeiter stehen im Kampf, verschiedene Schiedspritze wurden mit überwältigender Mehrheit von den Streikenden abgelehnt, weiter geht der Kampf, ungebrochen steht noch die Kampffront, auch hier wird der Sieg der Arbeiterchaft geboten. Ebenfalls unbeeendet ist der große Schriftgießerstreik. Auch dieser Kampf wird schon lange Zeit geführt, ohne daß durch Verhandlungen ein Ergebnis zugunsten der Arbeiterchaft zu erzielen gewesen wäre. Auch hier wird der Kampf noch weiter zu führen sein.

Konfliktreich sind auch schon die Verhandlungen der Eisenbahnerorganisationen mit der Reichsbahn-Gesellschaft. Die Lohnforderungen werden wahrscheinlich nicht bewilligt, auch weitere Forderungen werden nicht berücksichtigt. Die Leitung der Reichsbahn-Gesellschaft lehnt die Forderungen der Eisenbahner ab, ohne daß die Reichsbahn eine Belastung durch erhöhte Arbeiterlöhne nicht tragen könne. Es müßte sonst eine Erhöhung der Personen- und Gülertarife eintreten, und dazu entschließt sich die Leitung der Reichsbahn-Gesellschaft sehr ungern, d. h. die Arbeiter sollen trotz der erhöhten Lebenshaltung auf eine Lohnabesserung verzichten. Auch der Verkehrsbund hat das Lohnabkommen für die Postbeamten gekündigt; trotzdem Gelder vorhanden sind, werden die geringen Löhne der unteren Postarbeiter nicht erhöht. Von dem ausbeutenden Unternehmertum wissen wir es nicht anders, als daß jede Forderung ertrotzt und erkämpft werden muß, aber doch auch die Reichsbehörden einen so hartnäckigen Widerstand gegen die Erfüllung einfacher Arbeiterforderungen leisten, hätte man in einer Zeit der Zoll- und Steuererhöhungen nicht erwarten sollen.

Auch im Auslande geht das Gesicht des Diktators umher, auch im Auslande muß die Arbeiterchaft einen schweren Kampf um ihre Existenz führen. In Frankreich streifen etwa 20 000 Postbeamte, die Bewegung greift fest von Paris auf die Provinz über, viele Banken und Kreditinstitute sind geschlossen, schwere Schädigungen treffen die französische Wirtschaft, aber trotzdem erkennen die Postbeamten die berechtigten Forderungen der streikenden Angestellten nicht an. Ein Streik der französischen Postbeamten konnte noch in letzter Minute verhindert werden.

In händiger Aufreithaltung wurde die Welt durch den bevorstehenden Verarbeiterstreik in England gehalten, über den wir gestern berichteten. Die Arbeiterchaft befindet sich heute in einer gewaltigen Frontstellung gegenüber dem Unternehmertum, und es gilt heute nicht nur allein um Lohn-erhöhungen zu kämpfen, sondern um die sozialen Menschenrechte einer ganzen Klasse. Der Kapitalismus liefert hier allen, die ihn noch nicht haben, einen nachdrücklichen Anschauungsunterricht darüber, wer den Klassenkampf am rückwärtsfortschrittlichst betätigt und warum das Proletariat zum Klassenkampf gezwungen ist.

Die Hege in der Optantenfrage

Die Schwierigkeiten bei der Fürsorge für die aus Polen ausgewiesenen deutschen Optanten kamen in den ersten zwei Tagen nur daher, weil sich in Schneidemühl eine ungeheure Anzahl, 6000 bis 7000, zusammenschickten. Die preussischen Verwaltungsbeamten in Schneidemühl, unter Führung der nach altem Bürokratismus eingestellten „nationalen“ Herren, wurden nach anfänglichem Verlangen durch den Minister Seering auf die Peine gebracht. Jetzt ist die Fürsorge erträglich, wie von allen Seiten bestätigt wird. Die Deutschen haben aber im Reichetage eine Interpellation eingebracht, so daß man nächster Tage Genaueres erfahren wird.

Aus Schneidemühl wird gemeldet: Von den 7000 Optanten, die bereits das Schneidemühl Lager passiert haben, sind inzwischen bereits 2000 weitergegangen und haben teils Unterkunft bei Verwandten, teils Arbeitsstellen im Reich gefunden. Der Nachstrom aus Polen läßt bereits nachlassen. Heute trofen nur etwa 300 Auswanderer in Schneidemühl ein, 400 haben heute das Lager wieder verlassen. Die Stimmung hat sich seit dem Besuch des Ministers Seering wesentlich gehoben, namentlich äußern die Optanten über die Verpflegung ihre vollste Zufriedenheit. Die Anordnungen sind in jeder Weise raschestens durchgeführt worden.

D. Berlin, 5. August. (Eig. Funkpruch.) Die deutsche nationale Presse legt ihrem Beschäftigten gegen den preussischen Innenminister Seering noch immer fort. Das Berliner Tageblatt teilt heute über den östlichen Führer in Schneidemühl, Herrn Wilhelm Köhler, der die ganze Aktion gegen Seering leitet, folgendes mit: „Sehr bedenklich aber erscheint es uns, daß gerade Herr Wilhelm Köhler sich der Optanten annehmen will, denn dieser Herr, der jetzt in Schneidemühl als Spionier stützlicher Erneuerung und Bewegung auftritt, will, kommt gerade aus dem Gefängnis. Er hat sieben eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen wegen Vergehens gegen § 175 des Strafgesetzbuchs verbüßt. Seine Verhaftung war fernerzeit in der Wohnung des Stadtrats a. T. Martin erfolgt.“ Dieser Martin ist der Adjutant Köhlers bei der Hege gegen Seering. So sehen die Welter der Optanten aus. Die Reichs-presse ist diesmal also im Recht, wenn sie ihre Artikel überföhrt: „Die Schande von Schneidemühl“.

Attentatsplan gegen Masaryk?

M. Prag, 4. August. (Eig. Funkpruch.) Am Dienstag wurde amtlich die Verhaftung des kommunistischen Advokaten Dr. Souser (eines Bruders des gleichnamigen kommunistischen Abgeordneten) und des kommunistischen Redakteurs Stadnan wegen Verbauchs einer Straftat im Sinne der Paragraphen 2 und 5 des tschechoslowakischen Gesetzes zum Schutze der Republik bekanntgegeben. Diese Paragraphen beziehen sich auf Aufschläge gegen Mitglieder der Regierung oder den Präsidenten der Republik.

Die Prager Radikaltagungsblätter berichten ausführlich über einen Befehl Moskaus zur Ermordung des Präsidenten der Republik, Masaryk. Die Moskauer Internationale hätte, so behaupten die Blätter, vor einiger Zeit die kommunistischen Partei der Tschechoslowakei den Befehl erteilt, ein Attentat gegen den Präsidenten der Republik zu wagen. Dieser Befehl sei in Prag durch einen besonderen Kurier, der von Berlin kam, nachkommen und in die Hände der verhafteten Souser und des ebenfalls vor kurzer Zeit verhafteten Portierknecht Diet

eingeweiht worden. Mit der Durchführung des Attentats wurde Redakteur Stadnan betraut, der bereits 1/2 Jahr wegen verschiedener Vergehen im Verzei geblieben hat. Zweck des geplanten Attentats sei gewesen, Massen in der tschechoslowakischen Republik herbeizurufen. Moskau habe erwartet, daß es daraufhin zu Vergeltungsmassnahmen gegen die kommunistische Partei geformt wäre, die dann, in ein illegales Fraktionsgeheiß gezwungen, einen Umsturzversuch unternommen hätte. Der Verhaftete konnte seine Tat aber nicht durchführen, weil das Material über die Vorbereitungen zu dem Attentat in die Hände der Polizei geraten sei, die alle beteiligten Personen verhaftete. Angeblich sollen noch weitere Verhaftungen bevorstehen. Die Prager Polizeidirektion hat bisher keine näheren Angaben gemacht, so daß noch nicht ersichtlich ist, ob die gegen die Kommunisten erhobenen Beschuldigungen irgendwie zutreffen.

Lantz gegen die Marokkaner

P. Paris, 4. August. (Eig. Funkpruch.) Am Mittwoch wurden zum ersten Male Lantz an der Marokkofront eingesetzt. In der Gegend von Mellan bemächtigte sich der Saharabanditen angeführter Panzerwagen eine ungeheure Anzahl. An verschiedenen Stellen haben die Eingeborenen in voller Aufregung. Die „Sivilisation“ naht sich ihnen als grausame Vernichtung.

Französisch-spanische Friedensbedingungen

P. Paris, 5. August. (Eig. Funkpruch.) Der Sonderberichterstatter des Matin in Tetuan behauptet auf Grund von offiziellen Informationen, die Friedensbedingungen, auf die sich Frankreich und Spanien geeinigt hätten und die Abd el Krim gestern durch Vermittlung der beiden nach Tetuan entsandten Kommissäre zur Kenntnis gebracht worden seien, wie folgt präzisieren zu können: 1. Abd el Krim verpflichtet sich, die religiöse Souveränität des Sultanats von Marokko anzuerkennen. 2. Frankreich und Spanien erkennen die administrative Autonomie des Rif an. 3. Die beiden Mächte gestatten dem Rif die Unterbringung einer ausreichenden Polizeimacht, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Frankreich verpflichtet sich, die Gabelle für diese Organisation zu stellen. 4. Die vergrößerte Zone von Gols und Melilla bleibt im vollen Besitz Spaniens. 5. Die Grenzen des autonomen Staates des Rif werden gebildet im Westen durch eine Linie 30 Kilometer östlich der Eisenbahnstraße Tanger-Melilla, im Süden durch eine Linie, die durch die Flüsse Gera und Boukfes bestimmt wird. Der Vertrag zwischen dem Rif einerseits und Frankreich und Spanien andererseits soll unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden.

Tabak, Bier, Zucker und Salz

Die ungeheuerlichen Steuererhöhungen beschlossen — Jede Milderung abgelehnt — Genosse Soltmann enthüllt den Schnapsbrenner-Scandal

Deutscher Reichstag

III. Sitzung, Dienstag, 4. August

Präsident Lohse teilt bei der Eröffnung der Sitzung mit, daß Abg. Dr. David (Sog.) während einer Fraktionsberatung einen Wutausbruch erlitten habe. Der Präsident knüpft an die Mitteilung den Wunsch, daß der Anfall keine ernstlichen Folgen haben möge. — Bei der Fortsetzung der

Zweite Beratung der Tabaksteuer

wendet sich Abg. Schläfer (Sog.) gegen die Meinung, daß man den deutschen Tabakbau durch hohe Zölle fördern könne. Jede deutsche Zigarette müsse mindestens zur Hälfte aus ausländischem Tabak bestehen, so daß die Erziehung der Tabakindustrie auch den deutschen Tabakbau schädigen würde. Der Redner fordert unter anderem eine angemessene Entschädigung der Tabakarbeiter, die durch die Steuererhöhung brotlos werden. Abg. Schneider (Dem.) begründet einen Antrag, wonach die durch die Tabaksteuererhöhung vorübergehend oder längere Zeit erwerbslos werdenden Arbeitnehmer und Hauswirtschaftlichen der Tabakindustrie den doppelten Betrag der Erwerbslosenunterstützung erhalten sollen.

Anschließend ist ein Antrag von der Regierungspartei eingebracht, wonach die durch die Steuererhöhung eingetretene Arbeitslosigkeit in jedem Falle als Kriegsfolge im Sinne der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge behandelt werden soll. Die durch Ausarbeit Beschädigten sollen Ausarbeitunterstützung erhalten, die täglich mindestens ein Sechstel der Vollunterstützung für Erwerbslose betragen soll. Die Unterstützungsdauer soll auf ein Jahr verlängert werden. Den durch diese Unterstützung besonders belasteten Gemeinden werden Reichszuschüsse gewährt.

Reichsbaudirektor Dr. Brauns hält den Antrag Schneider für unannehmbar und empfiehlt den Antrag der Regierungspartei. Die Abg. Simon (Schwaben, Sog.) und Neubauer (Komm.) bezeichnen den Regierungsantrag als einen ganz unzulänglichen Lösungsvorschlag.

Abg. Schneider (Dem.) hält es grundsätzlich für falsch, die Unterhaltungen aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu zahlen. Diese Mittel müßten vielmehr aus dem Steuer-aufkommen genommen werden.

Es folgen die Abstimmungen.

Der kommunistische Antrag auf vollständige Aufhebung aller Viebesteuren wird abgelehnt. — Der Antrag der Nationalen, der die Viebesteuererhöhung ablehnt, wird in namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 161 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. — Die Viebesteuer wird nach dem Antrag der Regierungspartei, der darauf angenommen wird, vom 1. April 1926 an um rund 33 1/2 Prozent erhöht. Bei der Abstimmung über die Tabaksteuer wird in namentlicher Abstimmung ein Antrag der Demokraten, der die Beschneidung über diese Steuer bis nach den Reichstagsferien hinauszuschieben will, mit 229 gegen 155 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt. — Die Zigarettensteuer wird in der Fassung der Ausschussentscheidung (20 Prozent Zehnerrolle und 8 W. Gewichtssoll) mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen, ebenso der von den Regierungsparteien gestellte Antrag zur Unterbrechung der durch die Steuererhöhung erwerbslos werdenden Tabakarbeiter. — Angenommen wird auch der Antrag der Regierungspartei auf Einrichtung eines Reichstabsakademieinstituts in Baden. — Gegen die Antragsteller wird ein Antrag der Nationalen auf Verbot der Einfuhr von Billiger Bier abgelehnt.

Es folgt hierauf die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur Erhöhung der Weinsteuer, Hundsteuer, Salzsteuer, Zuckersteuer und Spielartensteuer.

Abg. Soltmann (Sog.):

Die vorgeschlagenen Verbrauchssteuern lehnen wir ab. Wir tun dies nicht, weil wir grundsätzlich alle Verbrauchssteuern ablehnen, wir bekämpfen unter den Verbrauchssteuern diejenigen, die zu einer unerträglichen Massenbelastung werden, und fragen uns jeweils, wie die Lage der Bevölkerungsgeschicht ist, der diese Steuern auferlegt werden sollen. Wir fühlen uns aber mitverantwortlich für gesunde Reichsfinanzen, und haben bei aller Schärfe, die wir gegen die Steuerpolitik der Regierung anwenden gestanden sind, niemals das Gefühl für die Reichsfinanzen außer Acht gelassen. Bei der Beurteilung der Steuererhöhung sind wir davon ausgegangen, daß der Etat sich dauernd in Ordnung befinden, und weiter, daß jeder Verzerrung der Währung entschieden entgegengetreten werden muß. Dann haben wir uns davon überzeugen lassen, daß Deutschland seine außenpolitischen

Kleine politische Nachrichten

Teuer bezahlte Beihilfe zum Putz
Z. Leipzig, 4. August. (Eig. Funkpruch.) Am Dienstag hatten sich vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik der Händler Karl Pfleger und der Bauarbeiter Friedrich Gerhardt aus Hannover wegen Beihilfe zum Hochverrat, und Verheimlichung eines Waffenlagers zu verantworten. Im September 1923 waren in der Umgebung von Hannover große Waffendepotkisten von den Kommunisten Schmidt und deren Beute die Kommunisten zu dem von ihnen geplanten Oktoberputsch verwendet worden. Auch Sprengstoffe waren in der Umgebung gestohlen und in Hannover verstreut worden. Die beiden Angeklagten hatten Kenntnis von den Waffen- und Sprengstofflagern, ohne das den Behörden zu melden. Das Gericht verurteilte beide Angeklagte entsprechend der Anklage, und Pfleger zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, Gerhardt zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

Die Erkrankung des Genossen David
D. Berlin, 5. August. (Eig. Funkpruch.) Der Abgeordnete Genosse Dr. David, der am Dienstag vormittag während einer Fraktionsberatung einen Wutausbruch erlitt, befindet sich in der Heimat in der Behandlung der Professoren Krauß und Bitton. Sein Zustand ist im Augenblick nicht lebensgefährlich, jedoch ernst. David, der stark überarbeitet ist, bedarf längerer Zeit der Schonung.

Mauernbrecher wird Dorfpfarrer
Jena, 4. August. Der ehemalige Leiter der Deutschen Zeitung in Berlin, Dr. Max Mauernbrecher, ist von dem Kirchen-gemeindevorstand des sächsischen Dorfes Emmersleben zum Dorfpfarrer ernannt worden. Die Proteste der Einwohner wurden in den Wind geschlagen.

Die polnischen Einfuhrverbote
Aus Warschau wird gemeldet, daß die polnische Regierung eine neue Liste von Einfuhrverboten aufgestellt hat. Die Verbote betreffen sich auf alle Staaten beziehen. Ein Verbot soll nur in dem Falle erteilt werden, wenn polnische Waren in Höhe des Wertes der nachgekauften Einfuhr abgenommen werden. Die polnische Regierung begründet ihre Stellungnahme mit der weiteren Verschlechterung der Handelsbilanz.

Versicherungen erfüllen muß, und wissen sehr genau, daß das eine starke Anspannung der deutschen Steuererhebung mit sich bringen muß. Unter keinen Umständen dürfen darunter die inneren Aufgaben des Reichs leiden. Wenn wir es nicht in dieser Situation ablehnen, mit demagogischen Mitteln zu arbeiten, so können wir es so eher sagen.

daß das Steuerbillet der Regierung jedes Gefühl für soziale Arbeit und in einem höheren Sinne auch für eine nationale Steuerpolitik vernichten läßt.

Ich spreche offen aus, daß bei der heutigen Lage der deutschen Wirtschaft mit Verbrauchssteuern allein die Finanzen nicht dauernd in Ordnung gehalten werden können. Wer dieser heutigen ungünstigen Zustand der Wirtschaft nicht hoffentlich ein vorübergehendes sein, das deutsche Steuerwesen auf diesem vorübergehenden Zustand nicht allein aufbauen. Nach einer Erholung der deutschen Wirtschaft muß der deutsche Reichsstaat in weitestmögliche Einkommen, von Vermögens- und Erbschaftsteuern getragen sein. (Sehr richtig! bei den Sog.) Wir haben aber das begründete Vertrauen gegen die Regierung und ihre Parteien, daß sie auf die Dauer den Reichetat vor allem auf indirekten Steuern und Zöllen aufbauen wollen. Für uns Sozialisten können, solange die deutsche Wirtschaft dahinerliegt, die Verbrauchssteuern nur als ein Ausweichmittel in der Beschaffung von Steuern dienen. Wir lehnen ein Steuerbillet ab, das zu mehr als zur Hälfte aller Einnahmen aus Verbrauchssteuern und aus Zöllen besteht. In den Verbrauchssteuern kommen ja nach der indirekten Steuern in den Ländern und Gemeinden, so daß wir vor einer

ungeheuerlichen Steuerbelastung der breiten Massen
sehen. Wir lehnen die Verbrauchssteuern auch deshalb ab, weil auf der einen Seite die Verbrauchssteuern angestiegen, auf der anderen die Besitzsteuern abgebaut werden. Gerade die sogenannten nationalen Parteien sollten folgendes erwägen: Die Steuerpolitik, die Sie jetzt treiben, richtet sich gegen die Erwerbslosen der nationalen Kraft, gegen eine gesunde Bevölkerungsstruktur. Sie belasten damit die künftigen Familien viel mehr als die künftigen, die arbeitenden Massen viel stärker als die künftigen. Es betreiben Sie eine Schöpfung der deutschen Bevölkerungsdauer und befördern die scheinbar sehr stark anwachsende Auswanderung. (Sehr maßlos bei den Sog.)

Nach den jetzt vorliegenden Steuerentwürfen soll die Zuckersteuer von 35 auf 55 Prozent des Herstellungspreises hinaufgesetzt werden. (Sehr, sehr! links.) Der Zucker ist also mit mehr Steuern belastet als die gesamten Produktionskosten ausmachen. Jedes Pfund soll künftig mit 10 1/2 Pfennig Steuer belastet werden, eine ganz ungeheuerliche Belastung. Zucker ist kein Genuss, sondern ein Nahrungs mittel. Wenn Sie ihn mit solchen Steuern belasten, so bedeutet das eine Verschlechterung der deutschen Volksernährung. Auch die Belastung jedes Kilos Salz mit 3 Pfennig ist außerordentlich hoch. Wir lehnen diese Steuer ab, wir lehnen aber auch die ganze Steuererhöhung nicht zuletzt aus außerpolitischen Gründen ab. Sie steht in einem gewissen Verhältnis zu den Erfüllungsleistungen auf Grund der Dawes-Vergabe. Es müßte die Politik jeder deutschen Partei sein, vor allem aber einer Partei, die in ihrer Firma das Wort „national“ stehen hat, die Kassen aus dem Dawes-Geschäft möglichst gering zu halten. Durch die jegliche Steuerpolitik werden wir automatisch den Siegern im Weltkrieg mehr zahlen müssen. Sie sollten es doch wissen, daß die Steuern aus Tabak, Branntwein, Zucker und Bier der Entente verpfändet sind. Wenn die heute vor uns liegenden Steuern hoch werden, so müssen wir in den Jahren 1926-1927 und 1928 jährlich 250 Millionen Mark an die Entente mehr zahlen, als nach dem bisherigen Steuerstand hätte gezahlt zu werden brauchen. (Sehr, sehr! bei den Sog.)

Die Verbrauchssteuervermehrung hat auch noch andre interessante Seiten. Wenn ich persönlich auch geneigt bin, mich der Bier-, Tabak- und Weinsteuer auch in Zukunft vollkommen zu entziehen (Seiterkeit; der Redner ist Jesuit), so habe ich doch Mißgefühl mit den Massen im Lande, die unter diesen Steuern sehr viel zu leiden haben. Man kann nicht einfach sagen, daß es sich um erhebliche Genussmittel handelt, darum sind diese Verbrauchssteuern von meinem Gesichtspunkt aus

eine soziale Belastung, die wir auch aus sozialen Gründen bekämpfen.

Auf die Bündnisse, Zucker, und Zigaretten trifft diese Wölbung nicht einmal zu, das sind lebensnotwendige Artikel, deren Grund sich niemand entziehen kann. Nun sehen wir bei einem Vergleich der Zahlen der Jahre 1913 und 1925 folgenden Bild: Das Bier brachte 1913 130 Millionen, 1925 werden es 175 Millionen Mark sein, Zucker 1913 etwa 174 Millionen, 1925 werden es wahrscheinlich 250 Millionen Mark, Tabak 1913 11 1/2 Millionen, 1925

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19250805/2
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Saison

Ausverkauf

Donnerstag und Freitag

sind die

Schluß-Tage!

Wir raten Ihnen, von diesen so fabelhaft billigen Angeboten ergiebigen Gebrauch zu machen

Dieses sind einige Beispiele unserer Leistungsfähigkeit:

<p>Schotten-Kleider reine Wolle, in vielen Dessins, mit Gürtel, fesch verarbeitet 13.50</p>	<p>Seidenfrotté-Kleider in eleganten modernen Karos, mit Gürtel und Knopfgarnierung 7.95</p>	<p>Washseiden-Kleider fresche Form, moderne Karos 16.50</p>	<p>Schotten-Kleider mit weißem Ripskragen und Gürtel, schöne Farben 10.50</p>	
<p>Damen-Hemden 95 mit Languette und Stickerei . . . 2.45, 1.65, 95</p> <p>Dam.-Beinkleider 95 mit Hohlraum, Languette 95</p> <p>Prinzeß-Röcke 1.95 mit Stickerei 3.95, 2.95, 1.95</p> <p>Garnituren 4.75 Hemd und Beinkleid, guter Wäschestoff, mit Stickerei 6.95, 4.75</p>	<p>Damen-Strümpfe 95 echt Mako, Doppelsohle, Hochf. 1.95, 1.25, 95</p> <p>Damen-Strümpfe 1.15 In Seidentor, teils mit Naht, Doppels., Hochf. 2.45, 1.95, 1.65, 1.15</p> <p>Damen-Strümpfe 1.75 Kunstseide, mit Naht, Doppelsohle, Hochf. 2.45, 1.95, 1.75</p> <p>Vigogne-Socken 75 grau 1.25, 95, 75</p>	<p>Backfisch-Mäntel 9.75 elegante schöne Farben, reine Wolle, mit Biesen- und Knopfgarnitur 9.75</p> <p>Damen-Mäntel 10.50 aus zwirncovercoat-artigen Stoff, imprägn., mit Gürtel 12.50, 10.50</p>	<p>Einsatzhemden 1.75 mit Rips- und Perkal-einsätzen, alle Größen 2.75, 1.75</p> <p>Herrenhosen 1.75 makofarbig, gute Qualität 1.75</p> <p>Hauschürzen 1.25 a. Blaudruck, doppel-seitig, mit Tasche, extra weit 1.40, 1.25</p> <p>Knabenschürzen 95 aus gestr. Water, mit 2 Tasch., alle Größen, 95</p>	<p>Frotté 95 ca. 100 cm br., Streifen und Karos, 1.75, 1.45, 95</p> <p>Blusenstoffe 95 in schönen Streifen, mit Kunstseide 1.46, 1.25, 95</p> <p>Züchen 95 in schlesische Ware, viele Muster, Deckbettbr. 1.96, 1.75, Kissenbreite 1.25, 95</p> <p>Rohnessel 55 kräftige Ware 95, 75, 55</p>
<p>Oberhemden 4.95 In Perkal, gestr., 1 hart u. 1 weich, Kragen, gefütterte Faltenbrust 5.95, 4.95</p>	<p>Oberhemden-Ersatz 1.95 aus gestr. Perkal, 1 hart u. 1 weicher Kragen 1.95</p>	<p>Etamin 95 150 cm breit, kariert, Meter 1.25, 95</p>	<p>Wäsche-Stickereien 25 und -Einsätze aus gutem Madapolam, Meter 45, 25</p>	

Wollwarenhaus

SAXONIA

Falk & Posener

DRESDEN

LÖBTAU

+

KESSELDORFERSTR.

5 u. 9

Schulbedarfsartikel- und Lederhandlung
Dresden, H., Jakobis, Ecke Augustburger Straße
empfehlen zu wieder sehr günstigen Preisen im
Ausschnitt feine echte Kernledersohlen
nach mitgebrachten Modellen, wodurch noch besonders wertvoll. 10341

Striesen Drogerie zur Linde
Reparaturen, sämtliche Ersatz- und Zubehörtelle
Gustav Schmidt, August-Str. 22 u. 44
Chemik., Photographie, Jännerstein

Schuhhaus R. Sander
Tillmannstraße 17 - Telefon 32437
Große Auswahl in eleganten Damen-Sandaleiten u. -Halbschuhen
in allen Farben. Spezialität: Herrenstiefel u. -Halbschuhe
Fahrräder J. Kubis, Schandauer Str. 92
Ersatz- und Zubehörtelle
Fernsprecher 3107

Billigste Bezugsquelle für Konservengläser
Kunkel & Co.
Radeberger Glasniederlage
Zahngasse 12/14 :: Webergasse 25
und
Abt. Aug. Hofmann, Inh. E. Mögel Nachf.
Scheffelstraße 11
Eigene Glashüttenwerke
Letzte Auszeichnung 1925:
Goldene Medaille der Stadt Kamenz

Urin-Untersuchungen
Kommen Sie zu mir zur Untersuchung
bringen Sie auch eine kleine Ursubstanz
mit und ich sage, was und wo es
fehlt und wie Sie durch Sonderdiät
beseitigen und

Elechemie
wieder gesund werden können.
Augendiagnose
Zweckstunden 10 bis 12 Uhr
Dresden - Trachau, Wilder-Mann-Str.
normiert von 8 bis 12 Uhr und nachmittags
bis 7 Uhr und dann aller 14 Tage
inag., auch wenn es nicht in der
Paul Bohn, Heilfunde
Wohlwollen auf die
Vollkornbrot -
son Anteraten
und sonderer
niemand
Wille Blehle, Leuben, Polster
Die Polstermaterialien
Paul Seidel, Oppellstr. 12

Die handelspolitischen Verhandlungen

SPD. Der handelspolitische Ausschuss des Reichstags hat am Sonntag die Abkommen bzw. Zusatzabkommen mit Griechenland, Norwegen und Amerika angenommen. Damit ist handelspolitisch ein gutes und wichtiges Stück Arbeit geleistet worden. Bei dem Vertrag mit Griechenland handelt es sich um ein Handelsprotokoll, das für die Dauer von 6 Monaten läuft und mit dreimonatlicher Frist kündbar ist. Der Vertrag basiert auf der allgemeinen Weisbegünstigung und sieht für Deutschland auch die Aufhebung des neuen griechischen Zolltarifs auch diejenigen Erzeugnisse seiner Minimalliste vor, die Griechenland anderen Staaten gewährt, während Deutschland besonders ein Ausfuhrmonopol für griechische Weine einräumt und den für Griechenland wichtigen Morintenzoll von 24 auf 18 M. ermäßigt. Das Abkommen mit Norwegen, das sogenannte Sardinienabkommen, sieht die Weisbegünstigung auf die Einfuhr von norwegischen Erzeugnissen (zwei Doppelgänger 30 Reichsmark) aus. Gegen das Abkommen haben besonders die deutschen Interessenten, angeblich im Interesse der deutschen Fischindustrie, alle Kräfte mobil gemacht. In Verhandlungen im handelspolitischen Ausschuss waren geradezu massenhaft für gewisse Methoden der Interessenten, die durch Überstreckung der Möglichkeiten handelspolitischer Regelungen mit anderen Staaten von vornherein unmöglich machen. Hier ist den deutschen Handelsdelegationen auf jeden Fall im Interesse der Weltmarktsicherheit mehr Rücksicht gegenüber den Ansprüchen der Interessenten zu empfehlen.

Am wichtigsten ist ohne Zweifel der amerikanische Vertrag, für den jetzt endlich, nachdem die Besungen im Ausschuss beendet sind, die Möglichkeit der Ratifizierung besteht. Das Ergebnis ist nicht hoch genug einzuschätzen, da es der größte Industrie- und Handelsstaat der Erde ist, mit dem wir auf dem Boden der Weisbegünstigung in ein geregeltes Vertragsverhältnis kommen. Allerdings wird das Ergebnis, so erfreulich es an sich ist, nicht hinreichen, um die Auffassung weiter Kreise über die Handelsvertragsverhandlungen, die nur langsam vom Fied rücken und immer wieder auf neue Schwierigkeiten stoßen, zu ändern. Man kann gerade auf unser Handelsvertragsverhandlungen die Stimmung über den Verlauf dieser Verhandlungen in großen Kreisen ein unbefriedigtes Gefühl vor.

Einem vertragslosen Zustand haben wir dabei eigentlich nur mit Polen und Frankreich. Gegenüber Polen haben sich die deutschen polnischen Verhandlungen vom 18. April, 21. Mai und 17. Juni 1925 zu einem regelhaften Handelsvertrag ausgewachsen. Zu erkennen ist, daß die deutsche Regierung sich bis jetzt zurückhalten und den Forderungen weiter Kreise, in denen der Wirtschaftskrieg mit Deutschland ohne Zweifel populär geworden ist, nach Verschärfung des gegenwärtigen Zustandes nicht entsprochen hat. Der selbst damit sicherlich ein Stück Einigungsarbeit, die den Verhandlungen zugute kommen wird, die formell für den 16. September festgesetzt worden sind. Für die Verhandlungen ist die Lage aber keineswegs geklärt, da die deutsche Regierung unter Ablehnung der polnischen Delegation von einer neuen Erklärung für die Erörterungen abhängig macht, die eine neue Erklärung wieder aufgenommen werden. Hier werden die Delegationen eine vollständig neue Situation vorfinden, da die Franzosen ausschließlich Forderungen an der Festhaltung des neuen „großen Handelsvertrags“ arbeiten, auf den sich natürlich die Verhandlungen beziehen müssen. Kompliziert hat sich die Lage ferner durch die unangenehme Kohlenexportverbote, die bekanntlich aus dem Wunsch heraus diktiert worden sind, für die Reparationskassen den niedrigen Preis für die freie Kohle zu erhalten. Wenn man auch das französische Exportverbot, das sich ausschließlich gegen Deutschland richtet, nicht als eine Repressalie auffassen will, so berührt es doch unangenehm, eben als Maßnahme gegen die Weisbegünstigung, die mit Frankreich erreicht werden soll. Davon darf natürlich die Abwendung des Saarabkommens, das in Kürze dem Reichstag vorliegen wird, nicht unberücksichtigt werden. Das Saarabkommen sieht z. B. eine Einfuhr an Walzzeug, Stabeisen, Guß, Blech usw. in Höhe von 630 000 Tonnen vor. Dazu tritt ein Kontingent an Roh- und Halbfabrikaten von 300 000 Tonnen, an Rohölen von 40 000 Tonnen und an Maschinen und Platinen in Höhe von 53 000 Tonnen. Bemerkenswert ist, daß die lehrreiche Eisenindustrie an diesen Lieferungen beteiligt werden muß.

Etwas hoffnungsreicher sind die schwebenden Verhandlungen mit den anderen Staaten zu betrachten. In Frage kommen allen Dingen die Verhandlungen mit Spanien und Italien, während mit der Schweiz mit dem Abkommen des 31. Juli ohne handelspolitische Konsequenzen in Kraft treten. Nach dem deutsch-schweizerischen Vertrag sind die gegenseitigen Ausfuhrquoten bis zum 31. Juli gekündigt worden, wenn das Abkommen nicht bis zum 31. Juli gekündigt wurde. Die Kündigung ist beiderseitig erfolgt. Wahrscheinlich wird hier die Regelung in Form von Kontingenterungen vorgenommen werden, die faktisch einen vorteilhaften Warenverkehr entsprechen. Eine ähnliche Regelung kann mit Italien in der Zukunft in Frage kommen. In den Verhandlungen mit Italien ist bereits der Vertragstext festgelegt worden. Insbesondere wird über die Ziffern verhandelt. Die Italiener stehen energisch auf der Einfuhr von Weinen und Süßfrüchten, während sie im Interesse ihrer jungen aufstrebenden Industrie nur kleine Kontingente für die deutsche Industrieerzeugnisse machen wollen.

Das ganze handelspolitische Bild Europas gibt ohne Zweifel zu vielen Besorgnissen Veranlassung. Man hat durch den Verfall des Vertrags neben neuen Industrien auch neue Wirtschaftskomplexe geschaffen. Es stellt sich nun heraus, daß die Gütervermittlung von Gerade diese Komplikation läßt aber den Wunsch nach einer europäischen Zollunion mehr als je aufstrebend. Der Widerstand der verschiedenen Wirtschaften gegen den Gedanken der europäischen Zollunion ist ja begründlich und erklärt sich zum Teil aus der großen nationalistischen Welle, die heute Europa verheert. Demgegenüber muß man aber betonen, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit den einzelnen Staaten in einem Maße wachsen, daß früher notwendige werden wird. Ohne Zweifel wird die amerikanische Konkurrenz der Europa heute nicht gewachsen ist, wesentlich dazu beitragen, den Gedanken der europäischen Zollunion ausreifen zu lassen.

Führer der Arbeiterklasse

Die Kommunistische Partei bezeichnet sich gern als der „Führer der Arbeiterklasse“. So führte Ruth Fischer auf dem Parteitag des Ruhrbezirks am 6. Juli 1925 folgendes aus: „Unsre Aufgabe ist es, Führer der Arbeiterklasse zu sein. Es ist eine Phrase, von unsrer jetzigen Laune als von einer Einheitsfront von oben oder von unten mit der SPD. zu sprechen. Wir haben weder eine Einheitsfront von oben, noch eine Einheitsfront von unten mit der SPD. Einer bolschewistischen Partei ist jedes Mittel recht...“

Daraus geht zunächst hervor, daß der Schwund von der „Einheitsfront“ von den Kommunisten, wenn sie unter sich sind, selbst verhöhnt wird. Sie bedienen sich dieser Parole nur als Mittel, um schlecht unterrichtete Arbeiter für ihre engherzigen Parteinteressen zu gewinnen. Nun muß aber von jedem Führer der Arbeiterklasse verlangt werden, daß er nicht nur die Wahrheit über alles stelle, sondern daß er zuerst selbst wisse, wozu er gehen solle. Wie es damit in der kommunistischen Partei steht, das schildert Ernst Reinhardt in der kommunistischen „Neuen Zeitung“ am 11. Juli 1925 in folgender Weise:

Die Partei hat ein Erbe von Brandler und Thalheimer übernommen, das keine Kleinigkeit war (Passivität, antiorganisationsmäßige Einstellung, vollkommene theoretische Unklarheit). Es zeigte sich viele Schwächen der Partei, die weder die Parteizentrale, noch irgendeine bezirkliche verantwortliche Leitungsstelle der Partei übernahm. Das zeigt, daß unsere Parteimitglieder noch nicht klar die Führerrolle der Partei und ihre eigenen Aufgaben zur praktischen Durchsetzung dieser Rolle der Partei erkannt haben, sondern oft den unklaren nutzlosen Waffenscheinungen nachgeben. Die Bolschewisierung der Partei muß an diesen Punkt ansetzen und hat hier noch ein hartes Stück Arbeit zu leisten.

Eine Partei, bei der es so drunter und drüber geht, magst sich also an „Führer der Arbeiterklasse“ zu sein. Diese Annahme wird zu einer Frechheit, wenn man liest, daß der Meinung der Massen („unklare nutzlose Waffenscheinungen“) überhaupt keine Bedeutung beigemessen werden soll!

Sachsen

Kursus „Proletariat und bildende Kunst“

Der vom Landesbildungsausschuss der SPD, Sachsen, veranstaltete Kursus des Genossen Oskar Greiner über „Proletariat und bildende Kunst“ beginnt Sonntag den 9. August, früh 10 Uhr, im pädagogischen Institut Dresden-Strehlen, vom Hauptbahnhof mit der Straßenbahnlinie 5 zu erreichen. Auswärtige Teilnehmer, die bereits am Sonntagabend eintreffen, müssen bis 10 Uhr das Tor des Instituts passiert haben. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Teilnehmer sich ihre Schlaftabletten mitzubringen haben, mit Ausnahme der Dresdner Genossen, die zu Hause schlafen. Soweit die Kursusgebühr von 5 M. zur Teilnahme am Kursus noch nicht entrichtet ist, kann die Bezahlung im Kursus erfolgen. Die Gebühren für Verpflegung und Ueberraumung werden ebenfalls im Kursuslokal entgegengenommen und dann von einem dazu beauftragten Genossen für alle Teilnehmer an die Küche bzw. an den Hausmeister abgeliefert. Außer dem Kursusunterricht selbst werden ein zweimaliger Besuch der staatlichen Gemäldegalerie, eine Besichtigung der Deutschen Werkstätten in Hellerau geboten und die wichtigsten Lebenswürdigkeiten Dresden (Schloß, Zwinger, Frauenkirche) besichtigt. Diese Besichtigung sind im Teilnehmerbeitrag begriffen, während jedoch die geringen Unkosten für einen Besuch von Meißel mit Besichtigung der Porzellanmanufaktur, der Albrechtsburg und des Domes von jedem Teilnehmer selbst zu tragen sind.

Der Landesbildungsausschuss der SPD, Sachsens.

Brachliegende Eisenbahnbauten

In Sachsen liegen seit Jahren zwei im Bau begriffene Eisenbahnlinien halbfertig brach, deren endliche Fertigstellung für sächsische Wirtschaftsinteressen wichtig ist. Es handelt sich um die Straßen Wurgem - Eilenburg und Döbercunewalde - Rößbau. (Zum Teil trifft es auf die geplante Strecke Radeburg - Großenhain zu.) Nach dem Staatsvertrag zum Uebergang der Staatsbahnen auf das Reich vom 30. April 1920 ist die Reichsbahndirektion verpflichtet, begonnene Bahnbauten fertigzustellen. Die Bestimmung ist freilich nicht unbedingt bindend und es scheint, als ob keine Neigung bestünde, dieser Pflicht zu entsprechen. Das Reich stellt sich, wie Verhandlungen mit der sächsischen Regierung ergeben haben, auf einen ablehnenden Standpunkt. Die Reichsbahn erklärt sich außerstande, die Bahnbauten ohne wesentliche finanzielle Hilfe von anderer Seite durchzuführen. Sie will nur soviel Geld hergeben, als die nach dem voraussichtlichen Ertrag der beiden Linien mit 10 Prozent kapitalisierte Summe beträgt. Der Rest soll vom sächsischen Staat und von den Interessenten als „verlorener Zuschuß“ aufgebracht werden. Aber die Reichsbahn will die auf sie entfallende Summe auch noch kreditiert haben. Das heißt, die anderen sollen den Betrag unter Garantie der Reichsbahn beschaffen, die dafür 5 Prozent Zinsen zahlen will, wofür Geld natürlich zur Zeit wohl überhaupt kaum aufzutreiben sein dürfte. Bei diesem Stand der Sache ist nicht abzusehen, wann und ob die beiden Eisenbahnstrecken einmal betriebsfertig werden. Inzwischen sind die bereits ausgeführten Arbeiten dem Verfall preisgegeben, das dafür aufgewendete Geld umüßig verthan.

Der Verband Sächsischer Industrieller hat sich jetzt in der Angelegenheit, nach einer Mitteilung der Volkszeitung für die Oberlausitz, mit einer Eingabe an den Reichstag gewandt. Eine Anzahl Reichstagsabgeordneter haben sich der Sache angenommen, da die Wünsche nach Fertigstellung der Bahnen durchaus anerkannt werden müssen.

Die Verfassungsfeier in den Schulen

Künftig wird angeordnet: Da der 11. August in die Sommerferien fällt, sind Verfassungsfeiern in den Schulen nachträglich abzuhalten. Die Abhaltung kann bis 31. August beschoben werden. Die staatlichen Schulen einschl. der Stiftungsschulen haben auch am Tage der Veranstaltung der Feiern zu fliegen.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht über die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 26. Juli bis 1. August 1925 folgenden Bericht:

Die Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt hat sich in dieser Berichtswochen kaum verändert. An zahlreichen Stellen bestimmen sich zwar ungünstige Auswirkungen der Bauarbeiterausperrung bemerkbar zu machen, im übrigen hat jedoch die lebhafteste Nachfrage nach Fachkräften aller Art, zum Teil auch nach ungelerten Kräfte und Arbeitskräften für die Landwirtschaft angehalten, so daß die öffentlichen Arbeitsnachweise allerorten eine lebhafte Vermittlungstätigkeit entfalten konnten, und die Zahl der Arbeitsuchenden im allgemeinen wieder gefallen ist, während sich die Zahl der angemeldeten offenen Stellen erhöhte. Besonders aufnahmefähig für Arbeitsuchende erwiesen sich der Holenbergsbau und die Metallindustrie, desgleichen die Glas- und Porzellanindustrie, die Bekleidungs-, Spinnereien, Garbenerindustrie und Ausstattungsindustrie. Befriedigend blieb auch die Lage in der Glas- und feintextilen Industrie, in der Eisenindustrie, in der papierherstellenden und papierverarbeitenden Industrie für Buchbinder und Kartonnagenarbeiterinnen, in der Lederindustrie für Auto- und Treibriemenarbeiter, Tagelöhner und Polierer und in der Holzindustrie für gute Korbweber, Polierer und Weizer. Einstellungen erfolgten in der Sägewaren-, Wärfel-, und Konervenindustrie und teilweise auch in den Brauereien und in der Tabakindustrie. Im Bekleidungsgebiete wurden Weingärtnerinnen und Putzmacherinnen verlangt und angeworben, während Kürschner und Mägenmacher nicht in der gewünschten Zahl beschafft werden konnten. Mangel besteht noch vorwiegend in den Großstädten an Friseurgehilfen und Friseurinnen und allgemein im graphischen Gewerbe an geübten Fachkräften, sowie im Gastwirtsgebiete an jüngeren Haus- und Kochpersonal. Nach Hausangestellten ist die Nachfrage, wie alljährlich, während der Feiertage nur gering, doch sind Arbeitskräfte mit guten Zeugnissen ebenfalls nur schwer zu bekommen. Nicht geändert hat sich die Arbeitsmarktlage für ungelernete Arbeitskräfte. Das Angebot an älteren Kräfte ist namentlich in den Großstädten noch recht erheblich, während die Nachfrage nach jungen Arbeitsuchenden und -mädchen, jungen ungelerten Arbeiterinnen und Fabrikarbeiterinnen befriedigend ist. Nachgelassen hat stellenweise die Beschäftigungsmöglichkeit infolge der anhaltenden Arbeitslosigkeit im Baugewerbe in den Ziegeleien und Steinbrüchen, und nicht gebessert hat sich die Lage in der Spinn- und Seidenindustrie, für Drechler, Holzschleifer und Bürstenmacher, im Schneidergewerbe, wie schon erwähnt im Waaggewerbe, für Musiker und für Kaufmännische und Bureauangestellte.

Der Schüdderump

Roman von Wilhelm Raabe

Auch der Koffer des Junkers langte am nämlichen Abend an und wurde ebenfalls ausgepackt. Er enthielt den verletzten Apparat, sowie die Wäsche und Kleidungsstücke des Junkers Hennig und gab Anlaß zu einer heftigeren Szene, und zwar zwischen dem gnädigen Fräulein und dem heimkehrenden jugendlichen Ungehör.

Zu dem gelehrten Apparat gehörten natürlich auch die kleinen Hefte des Knaben, und in dem ersten derselben, welches der Chevaliere in die Hände fiel, fand sie auf der ersten Seite eine ausgezeichnete gelungene, aber keineswegs schmeichelehafte Federzeichnung, die selber darstellend mit Verocidillo unter dem Arm und ihrem Namen samt einigen koketten frechen Notizen über ihren Charakter, ihr Alter und ihren jugendlichen Stand zu lesen.

Mit einem Schrei der Entrüstung ließ Abelaide von dem Knaben dieses schändliche, schändliche Pasquill aus den Händen fallen, schauderte im Innersten zusammen, brach mit einem nicht unbedeutenden Teil ihrer Vergangenheit, indem sie sich erhob, ihrem früheren Goldsohn die nachdrückliche aller Ehrfurcht besetzte und zu Bett ging, nachdem sie ihm einen Kiesel ersten Ranges geheißt hatte.

Nachdem hierauf auch der Junker, und zwar in ziemlich trüblicher Stimmung, zu Bett geschickt worden war, sagte der Herr Ritter von Glaubigen nichts weiter, als: „Sehen Sie denn, Frau Adelheid!“ und die gnädige Frau erwiderte mit einem ruhigeren und befriedigteren Miene:

„Dawohl sehe ich, alter Freund! Und daß Sie wieder recht haben, sehe ich gleichfalls.“

„Nun, so wollen wir auch das kleine Mädchen fürs erste unter dem Zaunge der Namfell Rollenener ruhig schlafen lassen.“

„So, so, so sind die alten Jungfern und Amagesellen!“

„Denn ein Spielzeug trotz Whist und Puccinotta geht's nur einmal nicht. Na, ich mangelte mich nicht; — gute Nacht, Glaubigen.“

Der Chevalier erhob sich ebenfalls und küßte der Frau

von Laun die Hand, was er nur dann tat, wenn er mit ihr und sich in der Tiefe seines guten Herzens so recht zufriedener war.

Aus dem Pfarrhause hat man in dieser nämlichen stillen und milden Sommernacht immer von neuem sich wiederholende eigentümlich klaffende Töne, bemerkt mit einem immer von neuem beginnenden Jetergescheit und Jammergeschrei, vernommen.

Siebenzehntes Kapitel

Auch am nächsten Morgen schien die Sonne hell, und der Junker war früh aus den Federn; denn so wie die Probekeder Spagen sangen die Spagen vor dem Fenster des Oberlehrers Krummholz zu Halberstadt doch nicht. Er fand sich sehr behaglich in der Heimat, und mit ihm verglichen wir gern auf alle jarteren und imigieren Gefühle und Empfindungen in dieser Hinsicht, haben dagegen mitzuteilen, wie er, der Pastorenfranz und die kleine Tonie sich von neuem zusammenfanden und in welcher Weise sie ihre Erfahrungen und Anschauungen gegeneinander austauschten. Es geschah an dem nämlichen Tage, und zwar in dem bekannten Pavillon auf der Terrasse an der Landstraße, wo das chinesische Dach einen erquicklichen Schatten gegen die heiße Mittagssonne gab, und wo man doch auch die Welt, nämlich die Dorfstraße, nicht gänzlich aus den Augen verlor.

Franz Wuschmann, welcher bei weitem die meisten Erfahrungen gesammelt zu haben glaubte, ganz abgesehen von denen, welche er noch am vergangenen Abend zu den übrigen gelegt hatte, — führte selbstverständlich das große Wort und war gegen das Bettlerkind ausnehmend groß und unerschäm.

„So, Hennig,“ sprach er, „da wären wir zwei mal wieder bei den Alten; und wenn's auch kein Spaß und Vergnügen ist, so werde ich mir für die lumpigen vier Wochen nichts daraus machen. Na, gestern Abend — u — ja, es ging lustig bei uns her; aber ich hatte mich darauf eingerichtet; — das ist abgeschüttelt, und das Schlammstück habe ich hinter mir, und jetzt heißt es lustig! Die Alte war fast noch gesichtiger als der Alte; aber sie sollen sich beide wundern, — gesichtigt wird ihnen nichts, sie sollen noch Mund und Nase aufsperrten. Die Sache ist süß, und ich will vergelten, spricht

der Herr, sagt der Alte, und er soll es nicht umsonst gesagt haben! Fürs erste aber wollen wir uns es bequem machen; — du, Zigeunermädchen, schieb mir die Wanke unter die Füße; wir sind in den großen Ferien, und da muß man sich bei dem Drangsal erholen — u!“

„Ich bin kein Zigeunermädchen, und deine Wanke bin ich gar nicht, Wuschmann!“ rief Tonie entrüstet, trat jedoch vorsichtig einige Schritte zurück.

„Hi, guck einer die Bege! Sag mal du, was willst du denn eigentlich hier? Wie kommst du eigentlich hierher? Weißt du nicht, wohin du gehörst? Mach dich nützlich und angenehm — auf der Stelle pariere, oder spher dich da hinunter auf die Straße. Dahin gehst du; denn da bist du hergekommen.“

„Sei still, Franz! Das brauchst du nicht zu sagen!“ rief Hennig mehr verlegen als ärgerlich; trotz seiner Zülpelhaftigkeit sah er dem Kinde an den Augen an, daß in der Seele derselben mehr vorging, als der Pastorenfranz vermutete.

„Wie!“ rief Tonie Häusler, fest und lange dem Angreifer in das Angesicht blickend. „Du bist der richtige Wuschmann — der Wuschmann aus Afrika! . . . Du, du, o du — was habe ich dir zuleid getan?“

Sie ließ die geballten Hände sinken und wendete sich laut weinend zu dem Junker:

„Weißt du es nicht, weshalb ich hier bin, Hennig? Es ist, weil der schlechte Wuschmann recht hat; weil ich auf die Landstraße gehöre, weil niemand mich haben will, seit die Mutter Almann gestorben ist. Weß niemand mich haben will, deshalb darf ich hier sein; die gnädige Frau will es, und der Herr Ritter will es erst recht! Was kümmert es dich, Franz, daß man mich gut und geschick machen will? Dich kümmert's nicht; aber die Wuschmänner nennt man auch Vorkocher, und solch einer steht in deinem Buch, Hennig, und solch einer bist du, Franz Wuschmann!“

„Frag im Dorf, und frag den Schullehrer und frag meinen Vater und meine Mutter, wer du bist; man wird dir sagen, wer du bist!“ schrie der Knabe, die Faust dem Kinde unter die Nase haltend.

(Fortsetzung folgt.)

Dresdner Chronik Erinnerungen

frs. Draußen regnet es in Strömen. Die Kajüte des Elboampfers ist voller Qualm. Dazwischen Heimkehrer von einem Regimentslag. An der Brust Sterne und Ordensbänder. Alle Schattierungen sind vertreten. Graufürstige Herren, mit dicken Frauen, und wohlgenährten Feldwebelmannern, denen die Wiederkehrsfeste nicht gefallen hat. Sie schimpfen über den schlechten Gulasch, den sie zu Mittag essen mußten. Ja, dachte, die Herrschaften sind schlechtes Essen vom Felde her gewöhnt. Aber Feldwebel sind von jeher Feinschmecker gewesen.

Die ganze Feier scheint nicht viel gelangt zu haben. „Ich denk mer immer, die Raite griechen das noch einmal satt, es wärn immer weender“, sagt der Aelteste in trockener Natürlichkeit. Es dämmert also, jeder Klimbin verliert seinen Reiz, trotz Händeschütteln höchster Kameraden.

Die beste Staffage für Regimentsstage bilden die jungen Veteranen. Da sitzen sie in einer Ecke. Zeit einer Stunde erzählen sie sich ununterbrochen ihre militärischen Erinnerungen, von elendem Essen, langen Märschen, Stellungswechsel und Unterstandbau. Ein Glücklicher ist dabei eingeschlossen. Die andern reden weiter von der schönen Zeit. Andere wieder, deren Erinnerung nur bis zum Refektenspot reicht, sitzen als Einsaltspinsel stumm und ärgerlich beiseite. Da tritt einer ein und meldet militärisch zagig dem Tisch der Alten: „Herr Feldwebel, ich melde gehorlamt, daß es draußen noch regnet!“. „Und da gehst du dummes Puder raus?“, antwortet der graufürstige Staatsmajore. Alles lacht. Der Spötter hält sich den dicken Fuch. Der andere hatte es sicher anders gemeint.

Der Regen flutet in wilden Strichen an die Kajütenfenster. Drinnen ist eine Wärme, eine Luft zum Erhitzen, wie in einem Unterstand. In dieser Atmosphäre gedeiht die Zumpfpflanze: der neue Krieg. Einer glotzt mich an. Tiefste Verachtung liegt in meinem Blick. Er spürt gewiß meine Ablehnung. Die Unterhaltung wird leiser.

Ich erinnere mich. Graue, düstere Regentage in Polen und Rußland. Schlingenschnitten altsich Morastbädern. Hunger im Leibe. Lumpen auf den Knochen. Vondung in Frankreich. Die zweite Auflage. Evertfeuer und Mollensterben. Endlich bekam auch ich meine eiserne Portion. Vollstrecker. Es ging noch gut ab.

Und diese erbärmlichen Menichen ringsumher feiern die Stunden in den elenden Dreckschären die Singertage, die Urlaubsporre und all diese vielen Qualen mit einem Wiedersehen ihrer Feiniger!

Und dabei schreibt die Zeitgeschichte Sonntag den 2. August, den Tag, wo vor elf Jahren die deutsche Jugend mit klingendem Spiel, das den einen Herbesegang überlötete, in den herrlichen Heldentod ging.

Aber der liebe Herrgott hatte Erbarmen, er schickte uns die Tränen des Himmels, unaufhörlich flossen sie hernieder. Gerade wie damals, als Arien, Blutiger, unheilvoller Krieg mit all seinem namenlosen Jammer und seinem Elend der Welt und den Menschen unaufhörliche Tränen entlockte.

Der Unfug der Dolchstoßlegende Die Rede eines Generals

Am 1. und 2. August fand in Dresden eine Gedenkfeier der Verbände sächsischer Pioniere statt. Bei dieser Gelegenheit hielt, wie dem Berliner Tagblatt aus Dresden berichtet wird, der sächsische Generalleutnant a. D. Fortmüller eine Rede, die sich vornehmlich mit dem Verhältnis der Pioniere zu den Tatsachen befaßte, weil sie ein offenes Bekenntnis zu den Tatsachen enthält. General Fortmüller erklärte, daß die Pioniere des Ersten Weltkriegs den ersten deutschen Pionierführer war gut vertraut gewesen seien, daß diese es aber leider nicht verstanden haben, die Pläne richtig durchzuführen. „Das ist“, erklärte General Fortmüller, „ein Grund dafür gewesen, daß der Stellungskrieg begann. Als Hindenburg letzter die Führung übernahm, konnten überhaupt kriegsentscheidende Siege nicht mehr unternommen werden. Die Angriffe wurden zwar immer abgewiesen, schwächen aber die deutsche Militärführer ganz erheblich. Dazu trat bald Hunger und Not. Wir erlebten das Los der eingeschlossenen und belagerten Kriegerlager.“

Nun können sich ja die Anhänger der Dolchstoßlegende mit einem General streiten!

Erich Mühsam in Dresden

Eine antike Zuhörerschaft hatte sich in der Reichstrasse eingefunden, um den Richter-Revolutionär Erich Mühsam zu sehen und zu hören und in der endlich wiedererlangten Freiheit zu begrüßen. Wohl auch zu — begreifen. Und er macht es einem nicht schwer, ihn zu begreifen. Da steht er, der Ideal-Wellenreißer und Boheme von Schwabing und wirkt seine revolutionäre Rüge in die Menge, wolverloren und weltfremd. Die Barrakaden sind sein Element. Und wie er den stützigen Krieg gegen den Krieg propagiert, ist er ganz Anarchist. Er überwindet spielend leicht die Demut eines selbstgefälligen Organismus und löst sich los von allem, was den Menschen mit der Erde und dem Leben verbindet. Er dreht am Schalter seiner Gedankenwelt und der Strom seiner Ideen von einer neuen Gesellschaftsordnung ergießt sich über der Zuhörer. Das Proletariat ist besetzt, der Kapitalismus liegt zerschmettert am Boden und Idealismus beherrscht die Welt.

Nichts bleibt übrig von Mühsam als ein Dankes reines Herz in einem romantischen Nebel von Schein und Wirklichkeit. Sein reines Herz läßt viele verziehen — von Billigung und Zustimmung weit entfernt.

Die erste freie Grenze

In Berlin ist zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung ein Abkommen unterzeichnet worden, das von der Mitte dieses Monats an das Bahnsystem ausdehnt. Seit über einem Jahre war es die laute Forderung der gesamten Bevölkerung, daß dieses Hindernis des Reiseverkehrs, das namentlich im wirtschaftlichen Leben als eine drückende und jammervolle Last empfunden wurde, beseitigt und der Zustand der Verkehrsmittel wieder hergestellt werde. Der Dresdener Verkehrsverein erinnert daran, daß auch er seit weit länger als einem Jahr für die Abschaffung des Bahnsystems gewirkt hat, für das zuletzt nur noch bürokratische und störrische Argumente maßgebend waren und das besonders zwischen zwei deutschen Ländern, zwischen Österreich und dem Deutschen Reich völlig unnötig geworden war. Es dient zu hoffen und zu wünschen, daß bald auch gegenüber anderen Staaten durchgesetzt wird, was nun gegenüber Österreich erreicht wurde.

Ländliche Prosa

In der Zeitschrift „Sonnenschein“ sind sich vor kurzem die folgende sprachliche Leistung eines Vertriebsleiters aus Herbolzheim, an der sich viele Leser ergötzen mögen, die sich aber nicht Mitarbeiter lieber nicht zum Bewußtsein nehmen mögen:

„Wohl ist der meine Gesangsverein dadurch ein Verdienst, und Baisensind geworden, daß er durch den Beamtenabbau seinen

Wohnungsnot und Arbeiterschaft

Soziale Gestaltung des Verkehrswezens

Die freizügigen Jahre nach dem Kriege haben in der Arbeiterschaft große Veränderungen hervorgerufen. Der Arbeiter muß da Arbeit nehmen, wo er sie findet, ohne Rücksicht auf die Lage seiner Wohnung nehmen zu können, und da er keine Wohnung in dieser Zeit der Wohnungsnot nicht neu wählen kann, so hat er gerade heute nur zu oft unerbittlich lange Wege von seiner Wohnung zur Arbeitsstätte zurückzulegen. In der sächsischen Gewerbeaufsicht war es Dr. Ludwig Preller, der sich schon einmal bei Betrachtung der Unfallsverhältnisse eines Großbetriebes einer Kleinstadt aufgefällt, daß eine ganze Anzahl der betreffenden Arbeiter in einer andern Kleinstadt wohnen, in der selbst ein noch größeres Großbetriebswerk liegt, und die nur durch lauges Höfen und langwieriges Umsteigen in der dortigen liegenden Großstadt zu erreichen ist.

Einen genaueren Einblick in diese Verhältnisse geben uns die Tafeln, die der letzte Jahresbericht der sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten hierüber bietet und die Dr. Preller im Reichsarbeitsblatt einem weiteren Kreise zugänglich zu machen sucht.

Die Lösung dieser Frage steht und fällt mit der Lösung der Verkehrsprobleme. Günstige Verkehrsverhältnisse sind von der allergrößten Bedeutung für die Arbeiterschaft. Selbst der Arbeitsnachwuchs wird in vielen Fällen illusorisch, wenn nicht eine günstige Verbindung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte vorhanden ist. Der Arbeitsnachwuchs verliert, wenn er allgemein vordringender, denn sein Sinn um so mehr, je schlechter die Verkehrsverhältnisse sind, weil die freie Zeit um so mehr vom Wege ausgefüllt wird, je schlechter der Verkehr geregelt ist.

Der sächsischen Untersuchung liegen Werke der verschiedensten Art und Vöge zugrunde. Es handelt sich bei diesen Untersuchungen um Großbetriebsindustrie, Glasbläuen, Maschinen- und Apparatebauindustrie, chemische Industrie, Textilindustrie, Papierindustrie, Lederindustrie und Blumenindustrie. Und von den Arbeitern all dieser Werke wohnen nur 16,3 Prozent am Orte selbst. Alle andern, also meitaus die meisten Arbeiter wohnen außer halb, waren damit auf Verkehrsmittel angewiesen, und zwar hatten 23,3 Prozent bis 2 Kilometer, 30,5 Prozent bis 5 Kilometer, 13,6 Prozent bis 7 Kilometer, 7,5 Prozent bis 10 Kilometer, 5 Prozent bis 15 Kilometer und 4 Prozent eine noch größere Kilometerzahl zurückzulegen. In ausgedehnter und harter Weise zeigen diese Zahlen, daß billige und schnelle Verkehrsmittel eine dringende soziale Notwendigkeit sind. Denn nur dann ist die weite Entfernung der Wohnung seitens, wenn keine günstige und bequeme Verkehrsverbindung vorhanden ist. Ist die Verkehrsverbindung günstig, dann ist die Wegzeit gering, trotz der Kilometerzahl.

So wohnen von einem der Werke nur 4,4 Prozent der Arbeiter am Orte, dagegen 20,6 Prozent 20 bis 30 Kilometer weit

früheren ständigen Dirigenten, Herrn Lehrer Permut, verlor. Aber das nicht trauernd, raffte er sich wieder zusammen nach besinnlicher Weise am letzten Sonntag Abend im Kochischen Saal eine wohlgeordnete Kollnachts-Produktion abzuhalten. Alle wie neue Kräfte zeigten ihren großen Ernst zum Gelingen des Festes und kann von der ganzen Aufführung auch nicht eine Note die andere unterlassen. Durchdringt wurden und waren alle Rollen der Stücke so verteilt, daß Harmonie und Humor in männlichen wie in weiblichen Kräfte reichlich sich anboten. Schuldig ist der Verein bei dieser Durchführung den großen Dank Herrn Hauptlehrer Holz von Kraußheim, der den musikalischen Teil mit Klarer durchführte, denn nur sein unschätzbare Fleiß und Liebe zum heiligen Verein konnten ihn dazu ermuntern, den so beschwerlichen weiten Weg auch zu den Probeabenden zum öfters hierher zu machen. Fanden doch alle Stücke den gleichen Beifall von den Zuhörern des dicht besetzten Saales, denn künftiges Galls gab Zeugnis dafür, seine paar drangezeichneten Groschen in gute Anwendung gebracht zu haben. Auch von auswärtig war der Besuch ein sehr großer, denn von jeher ist die Gemobtheit sich was Gutes zu betreiben. Nach Schluß der Aufführung ließ der Gastgeber seine bewillkommene, heiteren und frohen Reden, nach deren Erholung sich die übrige Jugend weiter vergnügt machte, wie es in dem Liede heißt: „Juchheißa mei Durnder!“

Gochstapler und Heiratschwindler

Wegen umfangreicher Betrügereien hatte sich der 1887 in Bismarck a. B. geborene Hugo Johannes Vogel vor dem Dresdener Amtsgericht zu verantworten. Mitangeklagt war seine Ehefrau. Vogel ist verheiratet. Einmal erhielt er eine Strafe wegen unehrlichen Uniform- und Ordentragens. Später, im Juli 1921, stand er als Forderhändler vor dem Dresdener Schöffengericht unter Anklage. Er handelte sich damals um folgendes: Vogel lebte seit Jahren mit seiner Frau in Scheidung. Im Frühjahr 1921 erging in dem Ehevertr. ein Urteil, das beide Ehegatten für schuldig erklärte. Da der Spruch von der Frau angefochten wurde, erlangte das Urteil aber keine Rechtskraft. Die Ehe bestand also noch wie vor weiter und behielt auch heute noch. Trotzdem führte sich Vogel seitwärts in einer Kammerjunkerfamilie als geschieden ein. Durch großzügiges Auftreten, durch Vorzeigen von zahlreichen Orden, durch Schenkung



Der Arbeiter-Bildungsausschuh der SPD. Groß-Dresden veranstaltet

Freitag den 7. August, abends 7 1/2 Uhr, im Künstlerhaus, Dresden, Grunauer Str., eine

Engels-Liebknecht-Gedenk-Feier

Der 6. August ist der 30. Todestag Friedrich Engels. — Der 7. August ist der 25. Todestag Wilhelm Liebknechts. Diese beiden Tage rufen die Erinnerung wach an zwei der mutigsten und bedeutendsten Vorkämpfer, deren Wirken noch heute und für immer in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft fortlebt. Es ist darum die Ehrenpflicht eines jeden Genossen und jeder Genossin sowie der Jugend, an dieser Gedenkfeier teilzunehmen.

Genosse Heinrich Ströbel

R. d. A., Berlin, hält die

Gedenk-Rede

die ein Dresdener Trio mit Musik umrahmt. Der Eintritt ist frei. Jeder muß zur Stelle sein!



von der Arbeitsstätte entfernt. Aber das Werk liegt an einer Hauptverkehrsline der Eisenbahn, so daß 60 Prozent der Arbeiter mit dem Zuge nach Hause fahren können. Dadurch kommt es, daß um von Hause zur Arbeitsstätte zu gelangen, und Arbeiter, die über zwei Stunden zur Arbeit gebrauchen, gibt es in diesem Werke mit dieser günstigen Verkehrsverbindung nicht.

Ein andres Werk aber hat a. B. keine günstige Verbindung. Nur 6,9 Prozent der Arbeiter fahren mit der Eisenbahn, 13,8 Prozent mit dem Rade und 74,3 Prozent sind gezwungen, zu Fuß zu gehen. Die Folge ist die, daß 16,1 Prozent der Arbeiter über zwei Stunden von der Wohnung zur Arbeit gebrauchen, während ein Zweistundenweg bei einem andren Werke mit günstiger Verbindung überhaupt nicht in Betracht kam.

So hängt das Los der Arbeiter in hohem Maße von dem Vorhandensein bequemer Verkehrsmittel ab. Das gilt in mehr oder minder modifizierter Weise allgemein. Beide Wege ohne Verkehrsverhältnisse rauben dem Arbeiter die Zeit, die Kraft, die Gesundheit, die geistige Entfaltung und beeinträchtigen das Familienleben in einschneidender Weise. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen das Leben der Arbeiter aus Arbeit, Weg und — wegen des langen Weges — nur 9 Stunden Freizeit besteht. Nur 9 Stunden täglich für Erholung und Kultur und Familienleben — und Schlaf. Aber trotz dieser immer wieder festzustellenden Zusammenhängen zwischen Arbeiterlos und Kommunalpolitik, wie sie hier im sozialen Charakter des Verkehrswezens zum Ausdruck kommen, finden wir leider noch so vielfach völlige Unachtsamkeit gegenüber kommunalpolitischen Leben und nötige Beschäftigung gegenüber den großen Zielen des sozialdemokratischen Kommunalprogramms.

Diese Mangelhaftigkeit unseres Verkehrswezens tritt besonders deutlich heute in der Zeit der Wohnungsnot in die Erscheinung, doch sie kommt auch bei besten Wohnungsverhältnissen noch zum Ausdruck. Bei der Struktur unseres heutigen Wirtschaftslebens ist ein Parallellismus von Arbeitsstätte und Wohnung nicht möglich. Es handelt sich hierbei noch um ein Problem für die Zukunft, eine Aufgabe des modernen Städtebaus, deren Anfänge zur Lösung besonders in England zu finden sind. Unfre Verkehrsstruktur von heute verlangt gebieterisch nach einer sozialen Gestaltung des Verkehrswezens. Die Form, die das Wirtschaftsleben unserer Zeit genommen, verlangt notwendig als Ergänzung einen Ausbau des Verkehrs. Die kulturelle wie gesundheitliche Gestaltung des Arbeiterlebens hängt zum großen Teile für kleine wie für große Städte von einer baldigen und sozialen Lösung des Verkehrsproblems ab.

Dr. Gustav Hoffmann

eines Wides, das Vogel in Offiziersuniform darstellte, sowie durch mancherlei Erzählungen mußte er das Vertrauen der Kammer zu gewinnen. Er kam zur Verlobung mit der Tochter des Hauptleutnants, die sich in einem erheblichen Vermögensverhältnis befand. Das Schicksal der Verlobung wurde durch die Verlobung im Oktober 1921 jedoch auf fünf Monate erlöset worden ist.

Die neuerliche Anklage gegen Vogel, der sich jetzt als alleiniger Inhaber einer in Kurland befindlichen Realwarengesellschaft, a. B. d. bezeichnete und nach seiner Ehefrau zusammenwohnt, bezieht sich auf den Betrag in zwei Fällen. Er sollte erstens durch solche Angaben von einem 41 Jahre alten Fräulein R. aus Wählan, Wertpapiere im Betrag von 8000 R. und zum andern von einem Leutnant a. D., den Vogel als Geschäftsführer bestellt, unter ähnlichen Vorbedingungen eine Geschäftsanteile im Betrag von 2000 R. Mark erwirbeln haben. Die Ehefrau wurde im ersten Falle in Verhelfe zum Betrag bezichtigt. Die Angeklagten bestritten die Schuld. Vogel trat dabei in einer Weise auf, als ob er die Ehrlichkeit in Person sei. Aus den Angaben der beiden Ehefrauen ging dann folgendes hervor: Fräulein R. erhielt im Dezember vorigen Jahres eine Heiratsannonce und bekam darauf einen Brief von Vogel. Es wurde eine Zusammenkunft in einer Dresdener Café vereinbart. Vogel stellte sich als Oberleutnant der Reserve und Besitzer einer in Kurland gelegenen, 800 Morgen umfassenen Domäne vor. Er trug eine Lebensgeschichte mit nicht weniger als sechzehn Orden, wählte sich aller möglichen vornehmen Bekanntschaften (Semin Barcha war auch darunter) und sagte, daß er Schuldbescheiden sei. Zum Beweis für die Richtigkeit der letzteren Behauptung wies er ein Schriftstück vor, das von dem Fräulein R. für eine entsprechende Urkunde gehalten worden ist. Am 11. Januar dieses Jahres fand die Verlobung statt. Im darauffolgende wurde Vogel, beauftragt Fräulein R. ein Testament zu schreiben, die Verlobung einer Auskunst über Vogel. Sie bekam die Mitteilung, daß Vogel verheiratet sei. Besämt und enttäuscht schied das Fräulein nun einen Teil des Anhalts, daß die Verlobungen in den Eheverträgen ein und veränderte der Bestimmung, die Sache sei gar nicht so schlimm; sie, Frau Vogel, lebe mit ihrem Mann in Scheidung und diese würde in nächster Zeit ausgeprochen werden. Der Ehemann hätte Fräulein R. liebgewonnen und nach Erhalt der Heiratsannonce einen Selbstmordversuch unternommen. Fräulein R. glaubte noch immer an den angeblichen Rittergutsbesitzer und willigte in eine Verlobung ein und ließ sich noch im Januar in Kurland an die bevorstehende Scheidung zur Herausgabe ihrer Wertpapiere als angebliche Hypothek für das gar nicht im Besitz Vogels befindliche Rittergut bewegen. Als sie dann doch hinter den ganzen Schwindel kam, erlitt sie die Anklage. „Er hat mich in unerhörter Weise und bis zum letzten Augenblick belogen und betrogen!“, sagte die Jungin vor Gericht. Vogel aber bestritt alles. Er leugnete dann auch in Gegenwart des zweiten Hauptzeugen. Der Oberleutnant jedoch bezeugte seine Aussagen mit den Worten: „Ja, mit mir vor Gericht sagen: Jedes Wort, das Herr Vogel spricht, ist eine Lüge!“ Auch diesem Zeugen gegenüber hatte sich der Angeklagte als Reserveoffizier, Rittergutsbesitzer und als unbeschuldig bezeichnet.

Vogel wurde schließlich wegen Betrugs in zwei Fällen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die Ehefrau wurde freigesprochen, da nicht als erwiesen galt, daß sie getuschelt über Betrug in Wählan sich in dem Sinne geäußert habe, ihr Mann besäße die Domäne. (Sie hat allerdings das Fräulein, das auf den Besitz zu sprechen gekommen ist, nach der Darstellung der Jungin in dem Glauben gelassen!) In der Begründung wurde gesagt, Vogel habe seine Copie in niedrigerer Weise zu täuschen verstanden. Als strafmilder hätte gegolten, daß er bereits früher in ähnlicher Weise vorgegangen sei.

Belästigung durch Dupenfiguren der Kraftfahrzeuge. Unter dieser Überschrift schreibt uns das Presseamt des Polizeipräsidiums folgendes: Zahlreiche Kraftwagenfahrer mißbrauchen ihre Dupen dazu, um beim Halten vor Häusern die abgelaufenen Personen durch fortgesetztes Dupen auf die Aufmerksamkeit der Kraftwagenfahrer zu machen. Auch während der Fahrt haben viele Kraftwagenfahrer die Gemobtheit, fortgesetzt die Dupen ertönen zu lassen, ohne daß es der Straßenverkehr erfordert. Sie tun es lediglich, um sich für rücksichtsloses schnelles fahren freie Bahn zu schaffen. Insbesondere auch das nachts bei ganz schwachem Straßenverkehr ist diese, in diesem Falle eine nächtliche Störung darstellende Handlung, oft zu beobachten. Bei vorsichtiger und vorkehrungsmäßigem Fahren genügt ein rechtzeitig gegebenes Warnungsgeläch. Die Kraftwagenbeamten sind angewiesen worden, gegen den hier gefestigten Unfug rücksichtslos einzuschreiten.

Zwei Stod hoch vom Gesicht gebrungen. Ein 18 Jahre alter Arbeiter fürzte sich gestern nach gegen 1 Uhr in selbsterlöschend.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various small notices and advertisements.

